

Datenschutzerklärung (Information zum Datenschutz über unsere Datenverarbeitungen im Rahmen der Tätigkeit als Interne Meldestelle / Ombudsmann nach Artikel Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) (Stand Dezember 2023)

Wir nehmen den Datenschutz ernst und informieren Sie hiermit, wie die Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH („Luther“) Ihre Daten in ihrer Funktion als Interne Meldestelle / Ombudsmann verarbeitet und welche Ansprüche und Rechte Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehen. Diese Regelungen ergänzen die allgemeine Datenschutzerklärung von Luther (Information zum Datenschutz über unsere Datenverarbeitung im Rahmen des Vertragsverhältnisses nach Artikel Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)) sofern und soweit Luther Daten in eigener Verantwortlichkeit verarbeitet.

Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) sowie anderen anwendbaren Datenschutzvorschriften.

1. Für die Datenverarbeitung Verantwortlicher und Kontaktdaten

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Anna-Schneider-Steig 22
50678 Köln
Deutschland
Telefon +49 221 9937 0
Telefax +49 221 9937 110
E-Mail: [contact\(at\)luther-lawfirm.com](mailto:contact(at)luther-lawfirm.com)

2. Datenschutzbeauftragter und Kontaktdaten

Datenschutzbeauftragte
Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Anna-Schneider-Steig 22
50678 Köln
Deutschland
Telefon +49 221 9937 0
Telefax +49 221 9937 110
E-Mail: [data.privacy\(at\)luther-lawfirm.com](mailto:data.privacy(at)luther-lawfirm.com)

3. Von uns verarbeitete Daten und Quellen

Luther verarbeitet im Rahmen der Tätigkeit als Interne Meldestelle / Ombudsmann insbesondere personenbezogene Daten, die ihr von Betroffenen mitgeteilt werden. Dabei kann es sich z.B. um folgende Daten handeln, die eine hinweisgebende Person freiwillig angeben kann:

- Anrede, Vorname, Nachname der hinweisgebenden Person oder Pseudonym;
- Kontaktdaten und Funktion der hinweisgebenden Person;
- Vorname, Nachname, Funktion der gemeldeten Personen bzw. ggf. weiterer Beteiligter;
- Gegenstand der Meldung und weitere Informationen, die im Rahmen der Bearbeitung des Sachverhalts bzw. der Ermittlungen (auch über Dritte) erhoben werden; diese können auch besondere Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 DSGVO umfassen;

(nachfolgend: „Daten“).

Im Übrigen werden Daten anonym ohne Personenbezug verarbeitet.

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen, auf denen wir Ihre Daten verarbeiten

Zweck der Verarbeitung ist die Übernahme der Tätigkeit als Ombudsmann, insbesondere die Entgegennahme von Meldungen in der Internen Meldestelle über die eingerichteten Meldekanäle und deren weitere Bearbeitung. Dies umfasst ggf. die Prüfung von Folgemaßnahmen, deren Dokumentation, die Weiterleitung von Informationen an die zuständigen internen Stellen bei dem Mandanten entsprechend der Ausgestaltung des jeweiligen Meldeverfahrens. Jede Meldung wird vertraulich und unter Berücksichtigung der geltenden Datenschutzgesetze behandelt. Insbesondere ist sichergestellt, dass die Vertraulichkeit der Identität der hinweisgebenden, der gemeldeten und weiterer beteiligter Personen gewahrt bleibt und nur Zugriffsberechtigte Zugriff auf diese Daten erhalten. Die infolge einer Meldung erhobenen Daten der gemeldeten Person werden getrennt von ihren übrigen von Luther gespeicherten Daten aufbewahrt. Durch entsprechende Berechtigungssysteme und angemessene technisch-organisatorische Maßnahmen ist sichergestellt, dass nur die jeweils zuständigen Personen Zugriff auf diese Daten erlangen. Dies gilt auch für die Daten der hinweisgebenden oder von anderen beteiligten Personen.

Die Verarbeitung der Daten erfolgt auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c DSGVO in Erfüllung der Pflichten von Luther als Interne Meldestelle i.V.m. §§ 10, 16 – 18 Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG). Zudem erfolgt die Verarbeitung von Daten auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO im Rahmen der Übernahme der Tätigkeit als Interne Meldestelle und ggf. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO für berechnete Interessen des Mandanten, die gegenüber den Interessen des jeweils Betroffenen überwiegen. Berechnete Interessen sind die Sicherstellung der Compliance bei dem Mandanten und die Einhaltung des HinSchG und des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG); dazu zählen die Aufdeckung und Aufklärung von betrieblichen Missständen,

unternehmensschädigendem Verhalten, Wirtschaftskriminalität, u.ä. sowie der Schutz der Mitarbeitenden, Geschäftspartner, Kunden, etc. vor z.B. Straftaten und Verstößen im Sinne des HinSchG oder des LkSG. Umfasst sind insbesondere die Bereiche Datenschutz, Öffentliche Gesundheit, Umweltschutz, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Korruption, Straf- und Bußgeldrecht, Finanz- und Steuerrecht, Lebensmittelsicherheit und Tierschutz, Produktsicherheit, Produktkonformität, Verbraucherschutz, Öffentliches Auftragswesen, Verkehrsrecht. Sofern und soweit Daten auch nach Ablauf der üblichen Speicherdauer aufbewahrt werden, erfolgt diese Verarbeitung auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO für berechnigte Interessen von Luther, die gegenüber den Interessen des jeweils Betroffenen überwiegen. Berechnigte Interessen sind hier die Geltendmachung, die Ausübung eigener oder die Verteidigung gegen Rechtsansprüche, wobei hier im Einzelfall die Speicherdauer zu bestimmen ist.

Einzelne Verarbeitungen, wie die Aufzeichnung von mündlichen Meldungen, deren Protokollierung oder auch die Weitergabe von Informationen durch Luther können von weiteren Voraussetzungen, wie z.B. der Einwilligung des jeweils Betroffenen, abhängig sein. Die Rechtsgrundlagen sind dann Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO und §§ 10, 12, 13, 18, 9 Abs. 3 und 4 HinSchG sowie Art. 6 Abs. 1 lit. a, Art. 7 DSGVO. Bei der Verarbeitung von Kategorien besonderer personenbezogenen Daten kommen zudem Art. 9 Abs. 2 lit. g DSGVO i.V.m. § 10 HinSchG als Rechtsgrundlagen in Betracht.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern Ihrer Daten

Zunächst erhalten nur unsere berechtigten Mitarbeiter Kenntnis von Ihren personenbezogenen Daten.

Eine Weitergabe Ihrer Daten an Dritte erfolgt grundsätzlich nur, soweit dies gesetzlich erlaubt oder vorgeschrieben ist oder soweit Sie eingewilligt haben. Luther ist insbesondere nicht in jedem Fall verpflichtet, Informationen zur Identität der hinweisgebenden Person oder Informationen, die eine solche Identifizierung möglich machen könnten, an z.B. Mandanten zu übermitteln. Ausnahmen können sich ergeben, wenn Daten z.B. an Behörden übergeben werden müssen. Luther unterliegt zudem dem Anwaltsgeheimnis. Daher kann auch aus diesem Grund die Weitergabe von Informationen durch Luther von weiteren Voraussetzungen, wie z.B. der Einwilligung des Betroffenen, abhängig sein. Einzelheiten zu den von Luther eingesetzten Dienstleistern etc. entnehmen Sie bitte der allgemeinen Datenschutzerklärung von Luther.

6. Drittlandtransfer

Eine Datenübermittlung in Länder außerhalb der Europäischen Union (EU) bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), sogenannte Drittstaaten, findet nur statt, soweit dies im Rahmen der Tätigkeit als Ombudsmann bzw. Interne Meldestelle für z.B. Zwecke der Aufklärung des Sachverhalts oder Folgemaßnahmen erforderlich (z.B. bei Einsatz einer Kanzlei mit Sitz in einem Drittstaat), gesetzlich vorgeschrieben ist oder eine Einwilligung erteilt wurde. Werden Dienstleister im Drittstaat eingesetzt, werden die Vorgaben der Art. 44 ff. DSGVO eingehalten und diese z.B. durch die Vereinbarung der EU-Standarddatenschutzklauseln zur Einhaltung des Datenschutzniveaus der EU verpflichtet.

Im Übrigen übertragen wir Ihre personenbezogenen Daten nicht in Länder außerhalb der EU bzw. des EWR oder an internationale Organisationen.

7. Dauer der Speicherung Ihrer Daten

Daten, die im Rahmen von Meldungen verarbeitet werden, werden grundsätzlich für die Dauer des jeweiligen Ermittlungsverfahrens alternativ bis zum Abschluss eventueller nachfolgender (behördlicher) Verfahren im aktiven Bestand gespeichert bzw. im Fall von Einwilligungen bis zu deren Widerruf. Eine Verlängerung der Speicherdauer kann sich ergeben, wenn die Daten für die Geltendmachung, die Ausübung von eigenen oder die Verteidigung gegen Rechtsansprüche erforderlich ist; hier wird im Einzelfall die Erforderlichkeit der Speicherdauer bestimmt.

Im Übrigen werden die Daten im Einklang mit den gesetzlichen Regelungen, denen Luther unterliegt, gespeichert. Dies umfasst insbesondere die Speicherung von Daten, die im Rahmen der Tätigkeit als Ombudsmann / Interne Meldestelle erhoben werden; hier beträgt die Speicherdauer grundsätzlich drei Jahre nach Abschluss des Meldeverfahrens, § 11 HinSchG. Zudem kann eine Speicherung von Daten gemäß Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (u.a. aus HGB, StGB oder AO) für die Dauer von bis zu zehn Jahren oder auch eine Speicherung aufgrund der Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs erfolgen.

8. Ihre Datenschutzrechte

Unter bestimmten Voraussetzungen können Sie uns gegenüber Ihre Datenschutzrechte geltend machen

- **Auskunftsrecht:** Sie sind jederzeit berechnigt, im Rahmen von Art. 15 DSGVO von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeiten; ist dies der Fall, sind Sie im Rahmen von Art. 15 DSGVO ferner berechnigt, Auskunft über diese personenbezogenen Daten sowie bestimmte weitere Informationen (u.a. Verarbeitungszwecke, Kategorien personenbezogener Daten, Kategorien von Empfängern, geplante Speicherdauer, ihre Rechte, die Herkunft der Daten, den Einsatz einer automatisierten Entscheidungsfindung und im Fall des Drittlandtransfer die geeigneten Garantien) und eine Kopie Ihrer Daten zu erhalten. Bitte beachten Sie, dass Luther in ihrer Position als Rechtsanwaltskanzlei ggf. weder während der Bearbeitung Ihrer Angelegenheiten noch nach deren Abschluss verpflichtet sein kann, Ihnen gegenüber Auskunft zu erteilen. Ein Auskunftsrecht hinsichtlich der uns im Rahmen der Bearbeitung Ihrer Angelegenheiten bekannt gewordenen personenbezogenen Daten besteht nicht, da diese umfassend der anwaltlichen Schweigepflicht unterliegen (siehe § 29 Abs. 1 S. 2 BDSG i.V.m. § 43a BRAO).
- **Recht auf Berichtigung:** Sie sind berechnigt, nach Art. 16 DSGVO von uns zu verlangen, dass wir die über Sie gespeicherten personenbezogenen Daten berichtigen, wenn diese unzutreffend oder fehlerhaft sind. Bitte teilen Sie uns mit, sofern sich Ihre Daten ändern.

- **Recht auf Löschung:** Sie sind berechtigt, unter den Voraussetzungen von Art. 17 DSGVO von uns zu verlangen, dass wir Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich löschen. Das Recht auf Löschung besteht u.a. nicht, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erforderlich ist für (i) die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, (ii) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der wir unterliegen (z. B. gesetzliche Aufbewahrungspflichten) oder (iii) zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:** Sie sind berechtigt, unter den Voraussetzungen von Art. 18 DSGVO von uns zu verlangen, dass wir die Verarbeitung Ihrer personenbezogener Daten einschränken.
- **Recht auf Datenübertragbarkeit:** Sie sind berechtigt, unter den Voraussetzungen von Art. 20 DSGVO von uns zu verlangen, dass wir Ihnen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format übergeben.
- **Widerspruchsrecht:** Sie sind berechtigt, unter den Voraussetzungen von Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, so dass wir die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beenden müssen. Das Widerspruchsrecht besteht nur in den in Art. 21 DSGVO vorgesehen Grenzen. Zudem können unsere Interessen einer Beendigung der Verarbeitung entgegenstehen, so dass wir trotz Ihres Widerspruchs berechtigt sind, Ihre personenbezogenen Daten zu verarbeiten.
- **Widerrufsrecht:** Sie haben das Recht Ihre erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen.
- **Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde:** Sie sind berechtigt, unter den Voraussetzungen von Art. 77 DSGVO Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt. Das Beschwerderecht besteht unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs. Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestr. 2-4
40213 Düsseldorf
Telefon: 0211/38424-0
Fax: 0211/38424-10
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Wir empfehlen Ihnen allerdings, eine Beschwerde zunächst immer an unseren Datenschutzbeauftragten zu richten. Ihre Anträge über die Ausübung ihrer Rechte sollten nach Möglichkeit schriftlich an die oben unter Ziffer 1 angegebene Anschrift oder direkt an unsere Datenschutzbeauftragte adressiert werden.

9. Umfang Ihrer Pflichten, uns Ihre Daten bereitzustellen

Sie brauchen nur diejenigen Daten bereitzustellen, die für die Aufnahme und Durchführung der Tätigkeit als Ombudsmann durch Luther erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel nicht in der Lage sein, die Tätigkeit auszuführen. Dies kann sich auch auf später im Rahmen der Tätigkeit erforderliche Daten beziehen. Sofern wir darüber hinaus Daten von Ihnen erbitten, werden Sie über die Freiwilligkeit der Angaben gesondert informiert.

10. Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung im Einzelfall (einschließlich Profiling)

Wir setzen keine rein automatisierten Entscheidungsverfahren gemäß Artikel 22 DSGVO ein und führen kein Profiling im Rahmen unserer Tätigkeit als Ombudsmann durch.

Information über Ihr Widerspruchsrecht Art. 21 DSGVO

Sie haben das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 f DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen, wenn dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und sollte möglichst an die unter Ziff. 1 genannte Kontaktadresse gerichtet werden.
